

Elzach

Mi, 10. Mai 2017

Integration – eine Langzeitaufgabe

Landesversammlung der Freien Wähler / Heinz Buschkowski:
Zuwanderung mit Anpassungswillen nötig / Großstadt und ländlicher Raum.



Foto: Nikolaus Bayer

Bürgermeister a.D. Heinz Buschkowski, Elzachs Integrationsbeauftragte Marlies Schill, FW-Landesvorsitzender Wolfgang Faißt und Landesgeschäftsführer Friedhelm Werner (von links).

ELZACH (ban). Bei der Landesversammlung der Freien Wähler war die derzeit alle Kommunen beschäftigende Flüchtlingsintegration das Hauptthema. Bärbl Mielich, Staatssekretärin im Sozialministerium, zwei Landtagsabgeordnete, Landrat, Roger Kehle, der Präsident des Gemeindetages, Heinz Buschkowski (SPD), von 2001 bis 2015 Bezirksbürgermeister in Berlin-Neukölln, sowie rund 200 Delegierte kamen nach Elzach-Prechtal in die Steinberghalle.

Landesvorsitzender Wolfgang Faißt, selbst Bürgermeister im schwäbischen Renningen, sowie der Gemeindetagspräsident begrüßten einhellig den im April mit dem Land geschlossenen "Pakt für Integration". Die Pauschale pro Flüchtling, die ab der Anschlussunterbringung jetzt an die Gemeinden fließt, und die Förderung von Integrationsbeauftragten, sei wichtig, könne und dürfe aber nach zwei Jahren Laufzeit nicht enden. Eingliederung finde zwar allein auf Gemeindeebene statt, sie ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller politischen Ebenen, sagten beide. Staatssekretärin Mielich wies auf den mit dem Pakt angelaufenen "Strukturaufbau in der Fläche" hin. Der Weg in Praktika als Ausbildungsvorbereitung und die Einbindung des Handwerks werden erleichtert. Seit 2013 sind 130 landesfinanzierte Integrationsbeauftragte installiert worden. Neu dazu komme nun ein vierteiliges Förderprogramm speziell zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements.

Im Hauptvortrag stellte Heinz Buschkowski die Integrationsprobleme in der Großstadt Berlin dar, die mit denen im ländlichen Raum nicht zu vergleichen seien. Statt sozialer Netzwerke und früher Einbindung durch persönliche Beziehungen zu Deutschen steht man dort – auch wegen der höheren Flüchtlingskonzentration – "verfestigten, schwer aufzubrechenden Parallelgesellschaften" gegenüber. Buschkowski plädierte – aus demographischen Gründen – für weitere Zuwanderung, kritisierte aber jahrzehntelange Problemverdrängung auf Bundesebene. Für Integration gebe es deshalb keine Alternative. Bildung und Anpassung an europäische Lebensformen seien entscheidend, was von Staat oder Kommune, wenn nötig, auch mit "Zwang" begleitet werden müsse. Der Praktiker aus Neukölln, oft mit der eigenen Partei uneins, wiederholte hier alte Forderungen: Wohnsitzgebote in den ersten drei Jahren zur Entflechtung, eine Kindergartenpflicht ab drittem Lebensjahr als "Integrationssturbo", die Kopplung von Kindergeld an den Schulbesuch und angepasste Lehrpläne. Er warnte vor einer Relativierung der über Jahrhunderte entwickelten Grundwerte des Zusammenlebens in Europa. Zu diesen zählt auch das Asylrecht bei Verfolgung. Alle, die es jedoch als "Intensivtäter" missbrauchen, müssten konsequenter abgeschoben werden. Denn sonst, so Buschkowski, brauche man sich nicht wundern, wenn manche Deutsche sich den Rechtsextremen zuwenden.

Beim anschließenden Podiumsgespräch berichtete die Integrationsbeauftragte Marlies Schill vom breiten Bürgerengagement in Elzach. Es umfasst Sprachkurse, eine Kleiderkammer, Behördenbegleitung, erfolgreiche Ausbildungsvermittlung und Vereinseinbindung. Sie bat darum, Personen ohne Bleibeperspektive nicht mehr zuzuweisen, um später schwerfallende Abschiebungen zu vermeiden. Als großen Vorzug führte sie die dezentrale Unterbringung an. Die neuen Mitbürger sind so weniger bemerkbar und doch eng mit deutschen Bezugspersonen verbunden. Buschkowski musste zugeben, dass es dies in Berlin außer kirchlichen Initiativen kaum gibt. Landesgeschäftsführer Friedhelm Werner stellte vier Handlungsfelder der Flüchtlingsintegration vor, die die Freien Wähler im Land verfolgen werden. Dies sind Gebührenübernahme und Teilnahmepflicht bei Sprach- und Bildungsmaßnahmen, die Vermittlung in Ausbildung und Arbeit, die Überzeugung von der Werteordnung des Grundgesetzes und bessere Rahmenbedingungen für ein motiviertes Ehrenamt.